

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

September
2014

EDITORIAL



von Tilo Kießling

Themen sind gefragt

Langsam wendet sich der Blick unserer Stadtpartei und ihrer Monatschrift wieder weg vom Wahlkampf. Zwar müssen wir im nächsten Jahr noch einmal einen sehr heftigen Wahlkampf bestehen, dann nämlich gehts es um den Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin in Dresden und um die neu zu besetzenden Ortschaftsräte, aber bis wir dort in die inhaltlichen und technischen Vorbereitungen einsteigen können, werden wir uns erst einmal damit beschäftigen, die gewonnenen Positionen und Erkenntnisse der vergangenen Wahlen zu verarbeiten. Im Vordergrund für uns als Stadtverband steht dabei Kooperationsvereinbarung mit Grünen, SPD und Piraten, deren Geist wir nun im Stadtrat mit Leben erfüllen müssen und deren politische Chancen wir als Mitglieder der Dresdner LINKEN zu nutzen lernen müssen. Silvio Lang hat hier im Auftrag des Stadtvorstandes zur Mitarbeit aufgerufen und ich hoffe auf eine rege Beteiligung. Natürlich müssen wir uns auch mit den wenig befriedigenden Ergebnissen der Landtagswahl befassen. Unser Stadtverband hat gekämpft und auch, im Verhältnis zu anderen Gebieten in Sachsen, relativ gute Ergebnisse erzielt, dennoch müssen wir uns fragen ob die Verantwortlichen im Landesverband gut beraten waren mit der eingeschlagenen Wahlstrategie. Hier verweise ich auf die unaufgeregte und sachliche Wahlauswertung, die Jens Matthis vorgelegt hat. Und zu guter letzt freue ich mich über die große Zahl inhaltlicher Beiträge, die unsere Zeitung aufzuweisen hat. Von Asylpolitik über die Rathaussanierung, von der Arbeit einzelner Ortsverbände und Zusammenschlüsse bis zu Texten unserer Abgeordneten in Bundestag und Europaparlament, vom Freiraum Elbtal bis zur Auflistung der vielen Veranstaltungen, zu denen unser Stadtverband und seine nahe stehenden Organisationen einladen ist diese Monatschrift eine gelungene Sache.

Starke soziale Stimme



von Annetrin Klepsch

Der Sommer geht dem Ende zu und während die einsetzende Laubfärbung der Bäume die nächste Jahreszeit ankündigt, haben Wählerinnen und Wähler in drei Bundesländern die Zusammensetzung der Parlamente neu eingefärbt. Während in Dresden die seit der Kommunalwahl im Mai bestehende Option auf eine rot-grün-rot-orangene Mehrheit noch für Diskussionen sorgte, waren die Mitglieder der Dresdner LINKEN längst unterwegs, um die Plakate für die nächste Wahl aufzuhängen, Infomaterial zu verteilen und die KandidatInnen an den Ständen zu unterstützen.

Angetreten mit fünf Frauen und zwei Männern als Direktbewerberinnen und Direktbewerber präsentierte sich die Dresdner LINKE zu allen Tag- und Nachtzeiten mit Kaffee-Ausschank am Bahnhof Neustadt, mit einem kostenlosen warmen Mittagessen der LINKE-Sachsen-Kochtour in Strehlen, Prohlis und Pieschen, mit Kaffee, Kuchen und Äpfeln in Prohlis und auf dem Neustädter Hechtfest bis hin zum Nachtfest im 48-h-Wahlkampf. Ohne das Engagement zahlreicher langjähriger GenossInnen und vieler jüngerer GenossInnen und Neumitglieder wäre der zweite große Wahlkampf in diesem Jahr in Dresden nicht zu meistern gewesen.

Während das Gesamtergebnis der Landtagswahlen in Sachsen mit einer Wahl-

beteiligung von 49,2 Prozent und dem Einzug der AfD mit landesweit 10 Prozent noch am Wahlabend für Ernüchterung sorgte, können wir nach genauerer Betrachtung und dem Vorliegen der Wahlkreisdaten zufrieden sein. Trotz landesweit erschreckend niedriger Wahlbeteiligung waren es vier Wahlkreise in Dresden, die mit 57,4% (Dresden II) bis 62,2 Prozent (Dresden I) die höchste Wahlbeteiligung vorzuweisen haben. Dass die Hälfte der Wahlberechtigten zu Hause blieb, heißt im Umkehrschluss, dass auch die nächste CDU-Regierung von weniger als einem Fünftel der Wahlberechtigten ein Mandat erhielt.

Vergleicht man die Zustimmungswerte für DIE LINKE landesweit, so ist zwar festzustellen, dass diese in Dresden prozentual unter denen von Leipzig liegen, jedoch an die positive Entwicklung der Bundestagswahlen 2013 und der Kommunalwahlen 2014 angeknüpft werden konnte. Während DIE LINKE in Sachsen bei den Zweistimmen überall Stimmverluste hinnehmen musste (mit der Ausnahme Leipzig), konnte DIE LINKE in Dresden in allen Wahlkreisen Zuwächse zwischen 0,5 und 3 Prozent gegenüber der Landtagswahl 2009 verbuchen. Betrachtet man die Zustimmungswerte aller Wahlberechtigten in den einzelnen Dresdner Wahlbezirken so ist festzustellen, dass mit wenigen Ausnahmen am Stadtrat DIE LINKE überall von

10 bis 15 Prozent der Wahlberechtigten gewählt wird. Ernst nehmen sollten wir das zweistellige Ergebnis der AfD, die mit dem populistischen Schüren von Ängsten Stimmen aus allen politischen Lagern erhielt, sowie die niedrige Wahlbeteiligung in den Stadtteilen mit großen sozialen Problemen. Es sollte insbesondere unsere Aufgabe als LINKE sein, auf die Menschen, die sich durch Nichtwählen vom parlamentarischen System abgewandt haben, zuzugehen und sie mit ihren Themen ernst zu nehmen.

Das positive Wahlergebnis für DIE LINKE in Dresden ist nun Gelegenheit, sich auf die im nächsten Jahr bevorstehenden Oberbürgermeister- und Ortschaftsrats-Wahlen einzustimmen und zu beweisen, dass nur eine starke LINKE die soziale Stimme im Parteienspektrum ist.

annetarin.klepsch@dielinke-dresden.de
www.annetarin-klepsch.de



Annetrin Klepsch und Tilo Kießling sind Vorsitzende von DIE LINKE. Dresden

Teil 2 der Artikelserie der AG Antifa der LINKEN Dresden beschäftigt sich in dieser Ausgabe mit der Antwort der Bundesregierung auf die Zunahme kriegerischer Auseinandersetzungen in der Welt

Asylrechtsverschärfung

von Andreas Naumann

Is in die 1990er Jahre gab es in der Bundesrepublik Deutschland eine Diskussion um die Aufnahme und Behandlung von Flüchtlingen. Die BRD galt als gutes Beispiel für eine Asylpolitik in Westeuropa. Die Debatten zu diesem Thema verschwanden proportional zur Ausweitung des neoliberalen Machtapparates der Europäischen Union. Heute hat sich die bundesdeutsche Asyl- und Flüchtlingspolitik praktisch in ihr Gegenteil verkehrt.

Vorausgegangen waren die Bildung von FRONTEX und mehrere Dublin-Verträge auf EU-Ebene, an denen alle Bundesregierungen maßgeblich beteiligt waren und sind.

Wenn sich die deutsche Regierung bei der Umsetzung europäischer Richtlinien an vielen Stellen viel Zeit läßt, beispielsweise wenn es um Umwelt- oder Sozialverordnungen geht, so hat sie in diesem Fall sehr schnell und konsequent gehandelt. Was Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière im Jahr 2014 vorgelegt hat, ist das Schärfste und Schädigste, was einem deutschen Ministerium seit der Asylgrundrechtsänderung 1993 eingefallen ist. Es ist der Kern der „Perfidie in Paragrafenform“, schreibt die Süddeutsche Zeitung am 9. Mai 2014.

Man kann die neuen flüchtlingsfeindlichen Maßnahmen im wesentlichen in sechs Gesetzeskategorien einteilen, welche ein Bleiberecht im reichen Deutschland praktisch unmöglich machen:

1. Es ist eine uferlose Ausweitung der Abschiebehaft vorgesehen. Fast kein Flüchtling, der vor unerträglichen Lebensbedingungen aus seiner Heimat flieht, ist in der Lage seine Identität oder



Foto: Daniel Kocherscheidt / pixelio.de

behördliche Reisedokumente nachzuweisen. Nach dem Gesetzentwurf aus dem Ministerium De Maizière ist das aber ein zentraler Haftgrund, womit für fast jeden Flüchtling, der den schwierigen Weg bis Deutschland geschafft hat, die Inhaftierung im Gefängnis die vorläufige Endstation sein könnte.

2. Die Regelung zur Ingewahrsamnahme dient der Verschärfung für Haftregelungen anderer Asylsuchender. Hiernach können die Behörden künftig auch Flüchtlinge inhaftieren, ohne dass ein Richter die Haft überprüfen muß, wenn abzusehen ist, daß die Einholung der richterlichen Anordnungen mehr Zeit beansprucht als die Inhaftierung dauert. Damit ist der willkürlichen Inhaftierung von Menschen Tür und Tor geöffnet.

3. Die bisherige Bleiberechtsregelung wird ausgehebelt, in dem Asylsuchende reihenweise mit Einreise- und Aufenthaltsverboten belegt werden, wenn Behörden ihren Asylantrag als unbegründet deklarieren. Die wenigen, die überhaupt auf ein Bleiberecht in der BRD hoffen können, unterliegen dem Wohlwollen der Ausländerbehörden.

4. Diese verschärfte Bleiberechtsregelung unterstellt den Asylsuchenden dass sie sich in Deutschland öffentliche Leistungen erschleichen wollen, was der Gesetzgeber zum Anlaß nimmt, abgelehnten Asylbewerbern ein 5jähriges Einreise- und Aufenthaltsverbot für Deutschland und allen EU-Länder auszusprechen.

5. Nach der Logik dieser Bleiberechtsverschärfung gilt für alle geduldeten Flüchtlingen, also den Asylsuchenden, deren Antrag noch nicht entschieden ist, das totale Arbeitsverbot; auch wenn sie schon viele Jahre in Deutschland auf ihre Anerkennung warten.

6. Wenn es Flüchtlingen trotz all dieser Hürden dennoch gelungen ist, die Erlaubnis zum Bleiberecht in der BRD zu erhalten, so beugt der Gesetzgeber der Freude des „Glücklichen“ vor, indem er ihm jetzt das Recht auf Familiennachzug nimmt, was nichts anderes heißt, als daß der/die Betroffene ab nun dauerhaft von seinem Ehepartner und Kindern getrennt leben muß. Völkerrechtliche, humanitäre Ausnahmen sind für die nun im Ausland von ihren Familien getrennt lebenden nicht erfüllbar.

Mit diesem Gesetzentwurf macht die Bundesregierung ihr christlich-liberales Menschenbild deutlich. Rechtsstaatlich und integrationspolitisch ist er in jeder Hinsicht ein Rückschritt zu dem was in der alten Bundesrepublik erreicht wurde. Mit dem Grundgesetz und der Europäischen Menschenrechtskonvention ist dieser Entwurf nicht vereinbar. Dafür entwickelt er sich in die Richtung der extremen und unbarmherzigen Abschottung der USA.

Pro Asyl kommentiert diese neue Gesetzesvorlage mit dem Satz „Der muß vom Tisch“.

Wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt

Die AG Antifa der LINKEN.Dresden lädt ein zur Veranstaltung

**„Asyl in Dresden - betrifft mich das auch?“
Fragen, Probleme, Verantwortung. Mit Asylsuchenden im Gespräch**

**06. Oktober 2014 | Haus der Begegnung
Großenhainer Straße 93**

Asyl in Dresden in Zahlen:

Zahl der Asylsuchenden aktuell

Sachsen: ca. **12.000**

Dresden: **1.700**

Unterkünfte: **11** Gemeinschaftsunterkünfte,

Kapazität zwischen **50** und **155** Personen.

Wohnungen für dezentrale Unterbringung: Kapazität ca. **1200** Personen.

Betreuende SozialarbeiterInnen: **12**



Zahlen und Interpretationen

von Jens Matthis

Die Tageszeitungen und Nachrichtenendungen sind voll mit Nachbetrachtungen, Interpretationen und Spekulationen zu den Ergebnissen der Thüringer Landtagswahl. Die zeitgleiche Brandenburger Wahl tritt da in den Hintergrund, die sächsische Landtagswahl 14 Tage zuvor scheint fast vergessen. Die hiesige Verantwortung zwingt natürlich zur Beschäftigung mit den sächsischen Ergebnissen, aber auch darüber hinaus ist es sehr sinnvoll, alle drei Wahlen gemeinsam zu betrachten.

Mit 28,2% erzielte DIE LINKE in Thüringen ihr bestes Landtagswahlergebnis überhaupt in einem Land und erstmals besteht die Chance auf Bildung einer rot-rot-grünen Regierung.

So weit, so (sehr) gut. Freilich stellt sich das schon etwas anders dar, betrachtet man die Zahlen genauer. Tatsächlich sank nämlich die Zahl der Zweitstimmen für DIE LINKE gegenüber 2009 von 288.915 auf 265.425. Hoppla. Bereinigt man das Ergebnis um den demographischen Faktor – die Gesamtzahl der Wahlberechtigten ist um knapp 100.000 gesunken – bleibt dennoch ein leichter Rückgang von 15,4% auf 14,9% der Wahlberechtigten. Das trotzdem sehr gute Ergebnis beruht also auch darauf, dass es denn anderen Parteien im Durchschnitt wesentlich schlechter gelungen ist, „ihre Wähler“ zu mobilisieren. Insbesondere gilt das für den potenziellen Koalitionspartner SPD. Hätte sich eine rot-rot-grüne Koalition im alten Thüringer Landtag auf eine Mehrheit von 52:36 gegenüber CDU und FDP stützen können, verfügt sie jetzt über die denkbar knappste Mehrheit von 46:45 gegenüber CDU und AfD. Das alles mag keine große Rolle mehr spielen, sollte es diesmal tatsächlich zu

einer solchen Koalition kommen, bei der Analyse der politischen Entwicklung sollte man es aber nicht übersehen. Auch in Thüringen hat in Wahrheit ein massiver Rechtsruck stattgefunden. Die AfD und CDU haben deutlich mehr gewonnen als FDP und NPD verloren haben.

Aber wenn ich schon das Thüringer Ergebnis ohne Euphorie betrachte, wieviel kritischer muss dann die Bewertung der Ergebnisse in Brandenburg und Sachsen ausfallen.

Zunächst ein Blick in unser nördliches Nachbarland. Hier regierte DIE LINKE seit fünf Jahren gemeinsam mit der SPD. Wahlziel war die Bestätigung der Regierung durch den Wähler, bekanntlich ist das zumindest aus Sicht der LINKEN schiefliegen. Der Verlust von 27,2% auf 18,6% gegenüber 2009 klingt schon schlimm genug. Der Rückgang von 377.112 auf 183.172 Wähler/innen, also der Verlust von mehr als der Hälfte der Wählerschaft, ist doch noch wesentlich dramatischer. Es ist sicher zuallererst die Aufgabe der Brandenburger Genossen, dieses Ergebnis politisch zu bewerten, für ein einfaches „Weiter so!“ scheint es aber nicht zu sprechen.

Kommen wir damit zu einer Betrachtung der sächsischen Ergebnisse. Beginnen wir mit einer langfristigen Analyse zu den Wahlergebnissen der LINKEN (bzw. zuvor der PDS): Eine Grundkonstante ist dabei, dass bei einer Landtagswahl die Wahlbeteiligung (und damit die absoluten Stimmzahlen der LINKEN) stets niedriger als bei einer Bundestagswahl ist, aber in der Regel höher als bei den Europa- und den Kommunalwahlen.

Auffallend ist aber, dass die prozentualen Ergebnisse innerhalb eines Wahl-

jahres auf einem Level liegen, woraus man schlussfolgern kann, dass es bei Links wählern keine von der Gesamtbevölkerung abweichenden Mobilisierungseffekte hinsichtlich bestimmter Wahlen gibt. Die absolut und in Relation zu den Wahlberechtigten ständig fallenden Zahlen bei den Europa (und zeitgleichen Kommunalwahlen lassen sich also allein mit einem abnehmenden Interesse an diesen Wahlen insgesamt erklären. Anders bei Bundestags- und Landtagswahlen. Dort ist (mit Ausnahme der verlorenen Bundestagswahlen von 2002) bis

2004/05 ein klarer Aufwärtstrend bezüglich der erreichten Wähler erkennbar. Danach kehrt sich der Trend allerdings um, seitdem erreicht DIE LINKE einen kleiner werdenden Teil der Bevölkerung. Die höchste Mobilisierung erreichte DIE LINKE bei der Bundestagswahl 2005 mit über 600.000 Stimmen. Waren es bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr wenigstens noch 80% davon, waren es bei den beiden Wahlen in diesem Jahr nur etwas mehr als die Hälfte.

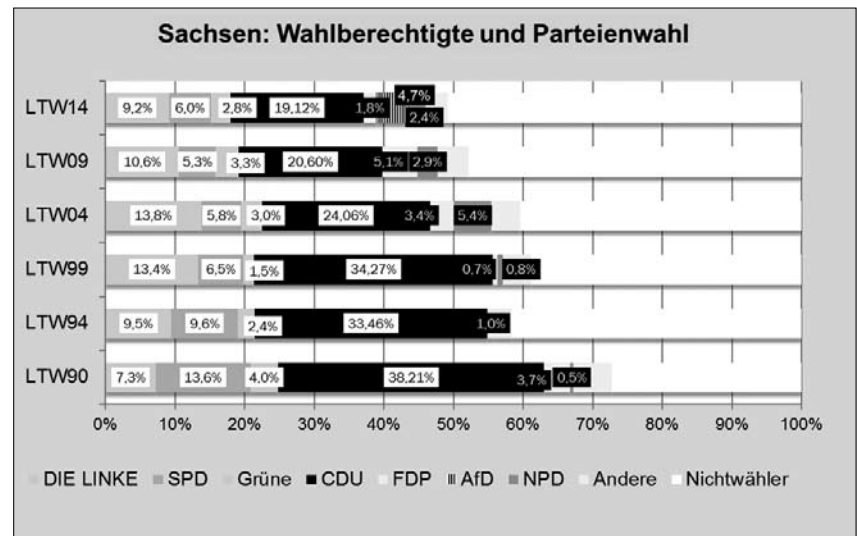
Dass dies nicht voll auf das Wahlergebnis durchschlägt, ist nur dem Umstand geschuldet, dass auch die konkurrierenden Parteien im Durchschnitt immer weniger Wähler mobilisieren. (Grafik 1)

So erreicht die CDU, die in den 90er Jahren noch mehr als jeden dritten Wahlberechtigten vertrat, heute nicht einmal mehr jeden Fünften. Aber davon haben keineswegs die Kräfte links von der CDU profitiert. Während diese bis

ist eine beliebtes Thema am Wahlabend. Es beschert uns bunte Grafiken zur sogenannten Wählerwanderung und daran anschließend meisten wilde Interpretationen und Thesen.

Diese beruhen meist darauf, dass nur die Salden betrachtet und die treuen Stammwähler gern vergessen werden. Insgesamt betrifft der Parteienwechsel aber weniger als 20% der LINKEN-Wählerschaft. Wesentlich gravierender sind die Mobilisierung bzw. Nichtmobilisierung der NichtwählerInnen und die demographische Entwicklung.

Ein Ziel der Wahlstrategie war die Gewinnung vormaliger CDU-Wähler. Darauf wurde der Wahlkampfstil ausgerichtet. Dieses Ziel muss als gescheitert angesehen werden. Nicht nur, dass DIE LINKE mehr an die CDU verlor, als sie von ihr gewann, insgesamt blieb der Wähleraustausch mit der CDU eine marginale Größe.



Quelle: H. Kahrs, RLS

2004 deutlich mehr als 20% der Sachsen vertraten, sind es jetzt gerade noch 18%. Das sogenannte „Projekt Rot-Rot-Grün“ scheint ferner denn je. Stärker geworden sind hingegen die Kräfte rechts der CDU (FDP, AfD, NPD – in sich sehr heterogen und sehr instabil). Mit knapp 9% der Wahlberechtigten erreichten diese Kräfte einen Rekordwert, wobei die neoliberale FDP zugunsten der mindestens genauso neoliberalen Protestpartei AfD massiv an Stimmen verlor. (Grafik 2) Welche Partei an welche Partei Stimmen verliert und welche Partei von welcher anderen Stimmen gewinnt,

Die Abwanderung von der LINKEN zur AfD darf nicht ignoriert werden, sie darf aber angesichts von gerade mal 4% vormaliger LinkswählerInnen auch nicht derartig überhöht werden, wie das medial zum Teil geschieht.

Man muss keine inhaltlichen Berührungspunkte konstruieren, es genügt völlig, darauf hinzuweisen, dass ein Teil des Protestpotenziales eben nicht politisch festgelegt ist. (Grafik3)

	Stammwähler + Zuwanderung	Saldo	Stammwähler + Abwanderung	
DIE LINKE	224.000	72,5%	224.000	60,5% Stammwähler
Erstwähler	7.000	2,3%	38.000	10,3% Verstorben
Nichtwähler	19.000	6,1%	32.000	8,6% Nichtwähler
SPD	16.000	5,2%	16.000	4,3% SPD
AfD	-	-	15.000	4,1% AfD
Zuzüge	9.000	2,9%	15.000	4,1% Wezuzüge
CDU	9.000	2,9%	13.000	3,5% CDU
andere Parteien	8.000	2,6%	9.000	2,4% andere Parteien
GRÜNE	10.000	3,2%	4.000	1,1% GRÜNE
NPD	-	-	2.000	0,5% NPD
FDP	7.000	2,3%	2.000	0,5% FDP
Gesamt	309.000		370.000	

Quelle: Statistisches Landesamt

Absolute Wählerstimmen:			
PDS/DIE LINKE	Europawahl	Landtagswahl	Bundestagswahl
1990		269.420	251.217
1994	397.430	339.619	427.692
1998/99	391.126	480.317	577.764
2002			418.329
2004/05	367.196	490.488	603.824
2009	321.988	370.359	551.461
2013/14	296.853	309.568	467.045

In Relation zu den Wählern (offizielles Ergebnis)			
PDS/DIE LINKE	Europawahl	Landtagswahl	Bundestagswahl
1990		10,2%	9,0%
1994	16,6%	16,5%	16,7%
1998/99	21,0%	22,2%	20,0%
2002			16,2%
2004/05	23,5%	23,6%	22,8%
2009	20,1%	20,6%	24,5%
2013/14	18,3%	18,9%	20,0%

In Relation zur Zahl der Wahlberechtigten:			
PDS/DIE LINKE	Europawahl	Landtagswahl	Bundestagswahl
1990		7,26%	6,78%
1994	11,06%	9,47%	11,91%
1998/99	10,87%	13,37%	16,04%
2002			11,71%
2004/05	10,31%	13,80%	16,95%
2009	9,13%	10,55%	15,67%
2013/14	8,75%	9,17%	13,71%

In Relation zum eigenen Potenzial (BTW 2005)			
PDS/DIE LINKE	Europawahl	Landtagswahl	Bundestagswahl
1990		42,84%	39,96%
1994	65,21%	55,86%	70,23%
1998/99	64,10%	78,86%	94,59%
2002			69,07%
2004/05	60,79%	81,39%	100,00%
2009	53,85%	62,23%	92,45%
2013/14	51,60%	54,09%	80,87%

Parteitag mit noch ungewohnten Entscheidungen

von Konrad Skuin



Der Saal im Gewerkschaftshaus platzte aus allen Nähten - in der LINKEN fand eine konstruktive Diskussion zu den künftigen Aufgaben im Stadtverband statt Foto: Max Kretzschmar

Am 26. August 2014 fand ein Sonderparteitag der Dresdner Stadtparteiorganisation der Partei DIE LINKE mit einer für uns noch ungewohnten Beschlussvorlage statt. Die Kommunalwahlen dieses Jahres in Dresden haben zum ersten Mal die Möglichkeit einer Politik links von der CDU ergeben. Der CDU sind die gewohnten Bündnispartnerinnen und -partner abhandeln gekommen. Um aber eine alternative Politik Wirklichkeit werden zu lassen, ist ein möglichst stabiles Bündnis der Parteien links von der CDU erforderlich. So hatte sich unsere Fraktion mit den Fraktionen der SPD, der Grünen und den 2 Abgeordneten der Piraten zusammengesetzt und ein gemeinsames Kooperationspapier ausgehandelt, das nun zur Bestätigung durch den Stadtparteitag vorlag, was die Unterschrift durch unsere Stadtratsfraktion einschloss.

Die drei Stadtratsfraktionen und die zwei Stadträte der Piraten hatten dazu eine Kooperationsvereinbarung ausgehandelt, die natürlich sachliche Kompromisse und Zugeständnisse von allen Beteiligten enthält. Sie ermöglicht aber, viele linke Ziele auch gegen eine CDU-Oberbürgermeisterin in den nächsten Jahren in Angriff zu nehmen. Natürlich muss

man im Rahmen eines Kompromisses manche Ziele zurückstellen, aber ohne Kompromisse, sozusagen in Totalopposition bleiben alle eigenen politischen Ziele ehrenhafte Wunschvorstellungen.

Die gemeinsam mit unseren Bündnispartnerinnen und -partnern erarbeitete Kooperationsvereinbarung enthält so die Ziele, die von den Kooperationsparteien gemeinsam getragen werden und sie verlangt auch Abstriche. Eine auf das Wohl der Bürger unserer Stadt gerichtete linke Politik kann aber auf lange Sicht nur durch eine vereinbarte gemeinsame linke Politik verwirklicht werden!

Das ist für unsere Partei nach so langer reiner Oppositionspolitik noch etwas ungewohnt und führte so auch zu leidenschaftlichen Diskussionsbeiträgen zum Für und Wider einer verbindlichen Unterschrift unter die vorgelegte Vereinbarung. Es zeugt aber von der politischen Verantwortung unserer Parteimitglieder, dass mit überwältigender Mehrheit der vorgelegten Kooperationsvereinbarung zugestimmt und unsere Abgeordneten zur Unterschrift beauftragt wurden.

Konrad Skuin ist Mitglied des Ältestenrats DIE LINKE. Dresden

AG Willensbildung

von Silvio Lang

Der Sonderparteitag unseres Stadtverbandes hat am 26. August 2014 unter anderem folgenden Punkt beschlossen: „Der Stadtvorstand wird beauftragt, Verfahren der innerparteilichen Willensbildung zu entwickeln, mit denen kommunalpolitische Gestaltungsvorschläge an die Fraktion legitimiert werden.“

Der Stadtvorstand beriet gemäß dieses Beschlusses in seiner Sitzung vom 09. September, wie diese Aufgabe am Besten zu lösen ist. Naheliegender war, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit der Problematik beschäftigt und dann zunächst dem Stadtvorstand Vorschläge unterbreitet, welche später womöglich auf Stadtparteitagen beschlossen werden könnten. Als Koordinator wurde ich beauftragt, diese Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen.

Und hier kommst DU ins Spiel! Durch die veränderten Mehrheiten im Stadtrat stehen wir vor ganz neuen Herausforderungen. Nach mehr als 20 Jahren CDU-bestimmter Politik haben wir eine Gestaltungsmöglichkeit als Partei in dieser Stadt – unsere Ideen und Konzepte

sind gefragt. Hier wollen wir möglichst viele Genoss_innen mitnehmen, beteiligen und gleichzeitig sollen wichtige Entscheidungen der Fraktion, natürlich mit Rückendeckung der Partei und nicht konträr zu ihrer Mehrheitsmeinung, beschlossen werden. Deshalb wollen wir mit Hilfe aller interessierten Genoss_innen Konzepte und Verfahren entwickeln, durchdenken und aufarbeiten, die im Kommunikationsfeld zwischen Fraktion und Partei denkbar und zielführend sein können. Dabei geht es einerseits darum, wie die Stadträte zweckmäßig Rückkopplungsbedarf mit den Genoss_innen gestalten sollen, so dass auch ein brauchbares Feedback entsteht. Andererseits geht es um die Frage, wie Genoss_innen eigene Ideen zur praktischen Stadtratsarbeit in die Fraktion tragen können. Und nicht zuletzt soll über die Verzahnung zwischen Fraktionsarbeit und Parteiengagement gesprochen werden.

Wenn du dich nun angesprochen fühlst und Interesse hast, in dieser neuen Arbeitsgruppe mitzuwirken, dann melde dich bitte bei mir unter silvio.lang@dielinke-dresden.de.



Dresden wird bunt: Die Vertreterinnen und Vertreter der neuen fortschrittlichen Gestaltungsmehrheit aus Rot-Grün-Rot-Orange Albrecht Pallas, Sabine Friedel, Norbert Engemaier, Martin Schulte-Wissermann (hinten), Michael Schmelich, Eva Jähnigen, Tilo Kießling, André Schollbach und Annkatrin Klepsch Foto: Max Kretzschmar

Drachen gegen Drohnen

Dresdner LINKE beteiligt sich am ersten Globalen Aktionstag gegen die Nutzung von Drohnen zur Überwachung und zum Töten

Mit einer Aktion „Rote Drachen gegen Drohnen“ beteiligt sich die Dresdner LINKE am ersten globalen Aktionstag gegen die Nutzung von Drohnen.

Am 3. Oktober 2014 werden wir ab 14.00 Uhr am Palaisgarten, in Höhe des Glockenspiels am Dresdner Elbufer rote Drachen steigen lassen und mit Material und in Gesprächen die Spaziergänger auf die Gefahren durch den Einsatz von Drohnen aufmerksam machen.

Der Einsatz von Drohnen:

- verletzt das demokratische Recht zur freien Meinungsäußerung, das Versammlungsrecht und das Recht, nicht verdachtsunabhängig durchsucht werden zu dürfen
- wird für extralegale „gezielte“ Tötungen genutzt, der auf bloßen Verdacht basiert – Mord – auch von Kindern in und außerhalb von Kriegsgebieten
- terrorisiert ganze Gesellschaften in den Zielregionen, sät Hass und kurbelt damit weiter die Gewaltspirale an
- senkt die Schwelle zum Krieg und initiiert einen neuen Rüstungswettlauf
- führt zur Entwicklung auto-

nomer Kriegsmaschinen, die nur noch schrecklichere Kriege wahrscheinlicher werden lässt.

Wir fordern, dass alle Regierungen die Produktion und die Anschaffung bewaffneter und bewaffnungsfähiger Drohnen, ebenso wie die Forschung und Entwicklung einstellen und an der weltweiten Achtung dieser Waffen arbeiten. Wir verlangen weiterhin, dass unsere Regierungen Drohnen zur Überwachung verbieten. Auch Satelliten, Bodenstationen, Militärbasen, die Überwachung mit Drohnen ermöglichen und die Tötungen mit Drohnen auslösen müssen verboten werden. Wir hoffen, dass viele Genossen uns unterstützen kommen - Drachen sind vorhanden!





Ein Stück Geschichte schreiben

Am 28. August 2014 versammelten sich die Stadträtinnen und Stadträte von LINKEN, Bündnis90 / Die Grünen, SPD und Piraten im Festsaal des Stadtmuseums Dresden zur feierlichen Unterzeichnung des gemeinsamen Kooperationsvertrages. Wir dokumentieren dazu die Rede des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, André Schollbach.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen von Grünen, SPD, Piraten und Linken.

Wir sind hier im Festsaal des Stadtmuseums Dresden zusammengekommen, um ein Stück Geschichte zu schreiben. Die Fraktionen von LINKEN, Grünen und SPD werden heute – unterstützt von den Piraten – ihre politische Zusammenarbeit für die nun bevorstehende Wahlperiode besiegeln und damit erstmals in der sächsischen Landeshauptstadt gemeinsam einen verbindlichen, auf längere Dauer angelegten politischen Vertrag eingehen.

Mit der Unterzeichnung des ausgehandelten Kooperationsvertrages bekennen wir uns dazu: Ja, wir werden in Dresden und für Dresden gemeinsam Verantwortung übernehmen. Und ja, wir wollen die Stadt gemeinsam gestalten. Damit setzen wir den zur Kommunalwahl am 25. Mai zum Ausdruck gebrachten Willen der Wählerinnen und Wähler um, die den konservativen Kräften die Macht nehmen und die Geschicke der sächsischen Landeshauptstadt in andere Hände legen wollten. In Hände, die Dresden sozialer, weltoffener und nachhaltiger gestalten werden. In Hände, die für eine vernünftigeren Verkehrs- und Wohnungspolitik stehen. In Hände, die mehr Demokratie wagen und die Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungsprozessen teilhaben lassen wollen.

Dabei werden wir uns nicht nur darauf beschränken, sachlich-inhaltliche Fehlentwicklungen zu korrigieren und neue Impulse zu setzen, nein, wir wollen auch einen anderen Stil bei der politischen Entscheidungsfindung pflegen. Deshalb bilden wir – anders als das CDU und FDP in der Vergangenheit getan haben – keine starre Koalition, die von vornherein jeden Vorschlag des politischen Gegners beiseite schiebt. Sondern wir gehen eine Kooperation ein, die zwar einen gemeinsamen Kurs für die Entwicklung unserer Stadt verfolgt, sich aber gleichzeitig auch die Offenheit für gute sachliche Argumente anderer Parteien bewahrt.



v.l.n.r.: Norbert Engemaier (PIRATEN), Thomas Löser (Bündnis90/Die Grünen), André Schollbach (DIE LINKE), Dr. Peter Lames (SPD), Dr. Martin Schulte-Wissermann (PIRATEN)
Foto: Max Kretschmar

Gleichzeitig geben wir uns aber auch keinen Illusionen hin: Die CDU war nun ein Vierteljahrhundert die dominierende politische Kraft in der Landeshauptstadt. Sie stellt bis zum kommenden Sommer noch die Oberbürgermeisterin und den wesentlichen Teil der Bürgermeisterriege. Sie übt die Kontrolle über die Landesdirektion aus. Vor diesem Hintergrund dürfte wohl kaum damit zu rechnen sein, dass uns bei der Umsetzung unserer Vorhaben der rote Teppich ausgerollt wird. Es wird manche Hürde zu überwinden und die eine oder andere Klippe zu umschiffen sein. Aber wir

sind entschlossen, die vor uns liegenden Aufgaben zu meistern und unsere Vorhaben Schritt für Schritt umzusetzen. Dazu gehören der Wiederaufbau eines kommunalen Wohnungsbestandes genauso wie eine stadtteilverträgliche Erneuerung der Königsbrücker Straße, verbesserte Bedingungen für den Radverkehr oder auch ein vernünftiges Sozialticket für Bus und Bahn.

Wir haben uns anspruchsvolle Ziele gesetzt und es wird noch so manche zu lösende Aufgabe hinzu kommen. Der Umstand, dass es nun in der säch-

sischen Landeshauptstadt zur Bildung einer neuen politischen Gestaltungsmehrheit kommt, hat natürlich auch eine Signalwirkung über die Stadtgrenzen hinaus. Und wer weiß: Wenn wir unsere Aufgabe gut meistern, dann könnten die politischen Verhältnisse in der Stadt Dresden in fünf Jahren ja durchaus auch ein Vorbild für den Freistaat Sachsen sein. Aber bis es soweit ist, fließt zunächst noch etwas Wasser die Elbe hinunter. Jetzt werden erstmal die Ärmel hochgekrempt, denn jetzt gehen wir gemeinsam an die Arbeit. Vielen Dank.

KURZ&KNAPP**Nächste
Bürgerversammlung findet
am 24. September statt**

Regelmäßig finden Bürgerversammlungen der Dresdner Bürgermeister zu verschiedenen Fachthemen statt. Am Mittwoch, dem 24. September, wird Bau-Bürgermeister Jörn Marx gemeinsam mit Vertretern des Stadtplanungsamtes über die künftige Entwicklung des Stadtteils Pieschen informieren. Die Bürgerversammlung findet in der Siebscheibenhalle der Stadtentwässerung Dresden GmbH, Scharfenberger Straße 152 statt und beginnt um 16 Uhr.

**Gemeinsamkeiten finden,
Unterschiede feiern**

Die Interkulturellen Tage finden in diesem Jahr vom 21. September bis 05. Oktober in Dresden statt. Über 60 Veranstaltungen stehen diesmal auf dem Programm unterschiedlicher Begegnungen mit Diskussionen, Konzerten, Filmen, Vorträgen und Ausstellungen.

Eine Podiumsdiskussion mit Menschen verschiedener Kulturen und Religionen zu traditionellen Kopfbedeckungen veranstaltet beispielsweise der Ausländerbeirat in Kooperation mit der Opferberatung des RAA Sachsen im Ortsamt Blasewitz. 29. September, 19 Uhr, Naumannstraße 5.

Das vollständige Programm der interkulturellen Tage im Internet:
www.dresden.de/interkulturelletage

**Landtagswahl: Ergebnisse
in Dresden**

Ausführliche Informationen und Übersichten zu den Ergebnissen der Landtagswahl in Sachsen vom 31.08.2014 sind im Internet abrufbar unter:
www.dresden.de/de/02/060/03/001_wahlergebnisse.php

DIE LINKE.

Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Jacqueline Muth, Annetrin Klepsch, Tilo Wirtz, Max Kretzschmar
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 01.10.2014
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser!
Logistik GmbH - Siblog

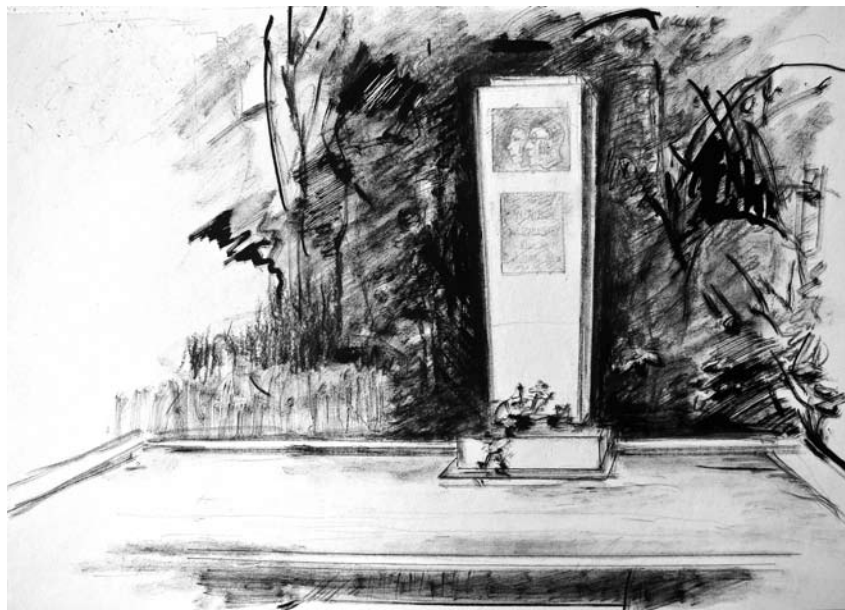
Teil unserer Kultur

von Angela Hampel

„Neun Uhr Treffen am Denkmal von Fritz Schulze und Eva Schulze-Knabe“ las ich kürzlich in der Zeitung.

Neugierig geworden fuhr ich frühmorgens dorthin – ist dieser kleine Platz doch schon seit langer Zeit der Ausgangspunkt für unsere Spaziergänge zum „Stein“. Jedesmal freue ich mich, wenn an der Stele Blumen liegen, ab und zu zupfe ich ein bißchen Unkraut – handelt es sich doch bei den beiden Künstlern um Kollegen von mir. Als (noch lebende) Malerin berührt es mich, dass es Menschen gibt, die sich solcher Plätze annehmen.

Dies halte ich für um so wichtiger, als es zur Zeit nicht opportun ist, Denkmale bzw. Gedenkstätten von Gegnern und Opfern des Naziregimes zu pflegen, die Kommunisten waren. Als Mitglied des Dresdner Künstlerbundes bedaure ich auch, dass es prinzipiell kein Interesse gibt, sich (in welcher Form auch immer) der Grab- bzw. Gedenkstätten Dresdner Künstler anzunehmen. Um so erfreulicher, dass es die Ortsgruppe Plauen/



Zeichnung: Angela Hampel

Südvorstadt der LINKEN tut. Es ist Teil unserer Kultur und unserer Geschichte – insbesondere in einer Stadt, deren Selbstverständnis wesentlich auch auf dem

Schaffen von KünstlerInnen beruht und die sich gerne als Kunst- und Kulturstadt bezeichnet. Herzlichen Dank also an die BetreuerInnen dieser Gedenkstätte!

Neues aus dem Fraktionsbüro

(Red.)

Alles neu macht der September. Mit der Neukonstituierung des Stadtrates hat sich auch die Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE neu geordnet. Sarah Buddeberg (jetzt Landtagsabgeordnete) und Klaus Schmole (jetzt Rentier), bisher unermüdlich im Maschinenraum der Fraktionsarbeit beschäftigt, haben den administrativen Schraubenschlüssel übergeben.

Einer allerdings bleibt: Maximilian Kretzschmar bringt die Erfahrung in der Fraktionsgeschäftsstelle, die für die nötige Routine in stressigen Zeiten sorgt, zuständig für alle Fragen der Öffentlichkeitsarbeit, der Zeitungsproduktion und mehr.

Er wird verstärkt durch Sebastian Schindler, von Haus Rechtswissenschaftler, der der neue Herr über die umfangreichen Unterlagenarchive der Fraktion ist. Er hat einen Blick für alles, was im alltäglichen Geschäftsgang beachtet werden muss, wenn Fraktionsarbeit reibungslos funktionieren soll. Unter den neuen Bedingungen einer fortschrittlichen Gestaltungsmehrheit – mit Beteiligung der LINKEN – haben sowohl Max als auch Sebastian große Aufgaben vor sich. Der Dialog mit Grünen, SPD und Piraten intensiviert sich, der Abstimmungsbedarf ebenso wie die Notwendigkeit, originär linke Politik öffentlich zu präsentieren, wird größer.

Geleitet wird die Fraktionsgeschäftsstelle von Thomas Feske, Neu-Dresdener und Mitglied des Stadtvorstandes. Er soll die roten Fäden der gemeinsamen Arbeit zusammenhalten und ist ebenfalls jederzeit ansprechbar für Sorgen und Nöte von Stadträtinnen und Stadträten, Genossinnen und Genossen.



Sarah Buddeberg, André Schollbach und Klaus Schmole



Thomas Feske



Sebastian Schindler

Freiraum Elbtal Dresden - Sehnsuchtsort

von Jacqueline Muth

Es gibt verschiedene Lesarten, was der Freiraum Elbtal ist. Zuallererst ist es ein Grundstück am Alexander-Puschkin Platz an der Grenze zwischen DD-Neustadt und DD-Pieschen. Nachdem es ungefähr zur Wendezeit brachfiel, wurde es um 2007 von Kulturschaffenden und Lebenskünstlern aus der nächsten Umgebung in Zwischen-nutzung besiedelt. Unlängst fiel es der Immobilienbranche ins Auge – die „Aufwertung“ der Leipziger Vorstadt soll auch dieses Grundstück umfassen. Sollte es bebaut werden, gibt es Gewinner und Verlierer. Gewinnen würden Eigentümer und Investor (Geld, Prestige) und diejenigen in Dresden, die den Standort als neue Adresse für hochpreisiges Wohnen für geeignet halten (Neue Adresse für Wohnen am Wasser). Verlieren würden die unmittelbaren Anwohner_innen, die einen wichtigen Nachbarschaftsort ver-lören. Verlieren würde auch die Freie Kunst- und Kulturszene, die hier einen Standort für bezahlbare und gestaltbare Arbeitsräume aufgeben müsste.

Grund und Boden ist ein begrenztes Gut. Auch darum haben Grundstückspreise in Dresden einen schwindelerregend hohen Marktwert erreicht, der immer noch steigt.

Viele Nutzungen schließen sich gegenseitig aus: Wo der eine ist, kann das andere nicht sein. Aus diesem Grund ist ein Streit entbrannt zwischen der Eigentümer-Gemeinschaft Leipziger Straße 33a und dem gemeinnützigen Verein Freiraum Elbtal e.V. Auf einer anderen Ebene findet dieser Streit auch zwischen den unterschiedlichen Fraktionen im Stadtrat statt. Und wieder einmal stellt sich die Frage: Wie wollen wir leben in Dresden?

Freiraum Elbtal ist...

...eine entwicklungsbedürftige Brache im schönen Dresden, temporär zwischengenutzt.

...eine träumerische Siedlung am Rande der Innenstadt von Dresden – 40 wackere Lebenskünstler_innen harren hier aus und trotzen der Gentrifizierung ihrer Stadt.

...eine Stadtoase für die Nachbarschaft, ein Sehnsuchtsort.

...ein Sahnestückchen unter den Immobilien im Quartier – die neue Adresse für Wohnen am Wasser.

...ein Ort, an dem die Miete für ein Atelier oder eine Werkstatt noch bezahlbar ist, zum großen Teil wird sie unentgeltlich in Eigenleistung erbracht.

...Dresdens letzter Bauwagenplatz.

...ein großer Abenteuerspielplatz für Erwachsene und für Kinder.

...ein Grundstück mitten im Überflutungsgebiet der Elbe.

Am 23. September 2014 steht der Freiraum Elbtal e.V. erneut vor Gericht. Streitgegenstand: Obwohl er zum Juni 2013 gekündigt worden ist, verlässt er das Grundstück nicht. Die klagenden Eigentümer wollen das Grundstück an die Dresden Bau verkaufen, die hier ein Wohnquartier plant. Dafür benötigen sie das Grundstück leer – der Verein muss gehen. Zur Not muss er polizeilich geräumt werden.

Seit Monaten appelliert der Freiraum Elbtal e.V. an die Öffentlichkeit und bitet die Politik und die Einwohner_innen Dresdens um Unterstützung. Gespräche mit den Eigentümern und den Investoren verliefen unfruchtbar. Auch die Suche nach einem städtischen Grundstück, um den Verein mit seinen Nutzungen umzusiedeln, hatte bisher keinen Erfolg.

Der Verein macht – zu Recht – darauf aufmerksam, dass nach Verlassen des Grundstücks die Leipziger Straße 33a noch einige Jahre lang leer stehen würde. Zu ungewiss ist die zukünftige Entwicklung des Quartiers. Noch hat die Stadt nicht entschieden, ob im Überflutungsgebiet der Elbe der Bau von Wohnhäusern genehmigt werden wird. Die Neue Mehrheit im Stadtrat lehnt dies ab.



Foto: Freiraum Elbtal e.V.

Der Verein stellt sich eine vorerst weiter temporäre Nutzung des Grundstücks vor, bis die Bebaubarkeit geklärt ist. Darüberhinaus legt er ein Konzept vor, das die Flutbarkeit des Grundstücks im Hochwasser-Fall vereinbar machen soll mit einer weiterhin kreativen Nutzung durch den Verein und Kreativwirtschaftler – wie bisher.

Die Ideen knüpfen an das bisherige an und sollen noch viel weiter gehen: Entsiegelung der Bodenflächen, begrünte Dachgärten. Eine selbstorganisierte Veranstaltungshalle, die kostenlos von Stadtteil-Initiativen und Anwohner_innen genutzt werden kann. Gemeinschafts-Werkstätten für die Anwohner_innen mit ehrenamtlicher Betreuung, ein Artists-in-Residence-Hostel (Ateliers und Unterkünfte für Künstler_innen für ihren Aufenthalt während Symposien und Ausstellungen). Ateliers und Werkstätten für Kreativwirtschaftende, eine gemeinsame Kinderbetreuung direkt an den Elbwiesen – ähnlich dem Konzept der Waldkindergärten. Autarke Stromerzeugung und ökologischer Gartenbau. Alles so wie bisher – nur noch viel besser.

Die Bereitschaft, durch Eigenleistung und Know-How die Projekte umzusetzen, ist da. Längst gibt es ein großes Netzwerk von Sympathisant_innen, die die Visionen des Freiraum Elbtal teilen. Eine langfristige Umsetzung der

Pläne unter Einbindung der Nachbarschaft und nach dem bewährten Do-It-Yourself-Prinzip würde viel Geld sparen und garantiert die weiterhin bedarfsgerechte und einwohner-orientierte Entwicklung des Geländes.

Was fehlt, ist die nötige Planungssicherheit. Die Versuche des Vereins, mit Eigentümern und der Investorin über Alternativen ins Gespräch zu kommen, scheiterten. Dass er sich stark machen kann, hat er bewiesen mit der Kampagne „Freiraum Elbtal BLEIBT“, die er mit öffentlichen Demonstrationen und Projektvorstellungen begleitete und die ihm innerhalb weniger Wochen über 7000 Unterschriften für den Erhalt des Projektes am gegenwärtigen Standort einbrachte.

Mittlerweile befindet sich die Immobilie im Wiederaufbau in Zusammenarbeit zwischen der Stadt Hamburg, der Initiative sowie Künstler_innen und Kulturaktiven. Das Gängeviertel wird zum Kulturstandort entwickelt und von den Nutzer_innen selbst betrieben.

Wenn alles seinen „geregelten Lauf“ nimmt, sieht es schlecht aus für den Freiraum Elbtal.

Vor dem Landgericht wird lediglich die Eigentumsfrage verhandelt – und hier sind die Eigentümer im Recht. Die Sinnhaftigkeit einer Räumung des Grundstücks zum jetzigen Zeitpunkt, um einer öden Brache Platz zu machen – das ist nicht Gegenstand der Verhandlung.

Der Protest von Kreativen und Einwohnern gegen eine rein investoren-basierte Stadtplanung nach dem Tabula-Rasa-Prinzip ist besonders in Großstädten sichtbar. Längst haben Bündnisse wie „Recht auf Stadt“ oder „Zwangsräumung verhindern“ ihre moralische Legitimation in der Bürgerschaft erhalten. Spätestens, wenn die steigenden Mieten den eigenen klammen Geldbeutel erreicht haben, steigt die Bereitschaft, sich mit Aktivisten zusammenzuschließen und mit ihnen zu demonstrieren.

Auch die Politik in Städten wie Berlin, Hamburg, Bremen reagiert immer häufiger auf den öffentlichen Druck, ist mitunter zum Einlenken bereit und übernimmt Verantwortung für bereits begangene Planungssünden.

Beispielhaft sei hier das Gängeviertel Hamburg angeführt. Im Jahre 2009 besetzten zahlreiche Kreative und Kulturaktivist_innen das Viertel, das sich mitten in der Hamburger Innenstadt befindet, um auf ungenutzten Leerstand und die Raumnot für Kreative aufmerksam zu machen.

Der Hamburger Senat wurde aufgrund der Aktivitäten der Initiative „Komm in die Gänge“ dazu angeregt, das bereits an einen Investor verkaufte Grundstück zurückzukaufen und damit seinen Abriss zu verhindern.

Bei der jetzigen Immobiliensituation in Dresden hat der Verein keine Chance, auf ein gleichwertiges städtisches oder privates Grundstück auszuweichen. Ver-löre er den jetzigen Standort, gäbe es den Freiraum Elbtal einfach nicht mehr. Während die Eigentümer vor Gericht ihr gesetzliches Recht einklagen und während die Investorin mit einer Klage gegen die Stadt Dresden Baurecht erwirken will, macht der Verein einfach weiter am gegenwärtigen Standort. Solange wie es eben geht. Und hofft auf ein Wunder, damit der Freiraum Elbtal erhalten bleibt. Er folgt dabei einer inneren Moral und der Hoffnung, die zuletzt stirbt.

Zum Schluss stellt sich die Frage: In was für einer Stadt wollen wir leben?



Jacqueline Muth ist Stadträtin der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat

Entwurf des Doppelhaushalts 2015/16

Haushaltspolitik nach Gutsfrauenart

von Annekatri Klepsch

In der ersten Sitzung des neu gewählten Stadtrates brachte Oberbürgermeisterin Helma Orosz den Haushaltsentwurf für die Jahre 2015/16 ein. Dass Kulturförderung in der Kunststadt Dresden eine besondere Rolle auch im städtischen Haushalt spielt, ist bekannt. Die Oberbürgermeisterin ließ es sich deshalb auch nicht nehmen, noch bevor die ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrates sich in die fast 2.500 Seiten Haushaltsentwurf einarbeiten konnten, öffentlich Tatsachen zu schaffen. Gegenüber der Presse verkündete Helma Orosz, dass der Dresdner Kreuzchor 400.000 Euro zusätzlich anlässlich seines Jubiläums im Jahr 2016 erhalten werde.

Da gäbe es zunächst nichts zu kritisieren, wären da nicht in den vergangenen Monaten zahlreiche Diskussionen um ausreichende Finanzierung anderer Kultureinrichtungen und Genres in Dresden gewesen. Die freie Tanzszene, freischaffende Darsteller rund um das Societätstheater, die Städtischen Bibliotheken und das Heinrich-Schütz-Konservatorium. Scheinbar ging dies alles an der Oberbürgermeisterin vorbei oder sie tut so, als gäbe es diese Diskussionen nicht.



Foto: Olga Meier-Sander / pixelto.de

Aus kulturpolitischer Perspektive ist der Haushaltsentwurf, den die Oberbürgermeisterin dem Stadtrat vorgelegt hat, deshalb doppelt dreist. Denn es werden nicht nur großzügig zusätzliche Gelder einer Institution öffentlich versprochen, bevor der Stadtrat auch nur darüber diskutieren kann. Sondern es wird an anderer Stelle Steuergeld in Größenordnungen weggenommen, nämlich gerade bei den freien Trägern, Vereinen und kleinen Kulturinitiativen. So wurde allein für den Bereich „Kommunale

Kulturförderung“, aus der die nichtstädtischen Antragsteller wie die Scheune, das Heinrich-Schütz-Konservatorium oder das riesa efau institutionell gefördert werden, 580.000 Euro pro Jahr weniger als im Jahr 2014 geplant. Blüten treibt der Entwurf beim Thema Fahrbibliothek. Trotz des Stadtratsbeschlusses vom Sommer 2014, die nötigen 265.000 Euro für die Ertüchtigung der Fahrzeuge der Fahrbibliothek einzuplanen, finden sich diese im Haushaltsentwurf nicht wieder. Stattdessen soll sogar ein Fahr-

zeug der Fahrbibliothek verkauft werden, um 30.000 Euro Sachkostenausstattung der Stadtteilbibliotheken zu finanzieren.

Darüber hinaus erfahren die Mitglieder des Stadtrates entgegen der schriftlichen Zusage der Oberbürgermeisterin nicht, wie viel die städtischen Kultureinrichtungen an Mehrbedarf für 2015/16 angemeldet haben, was Voraussetzung für eine sachliche Diskussion über die gerechte Verteilung der begrenzten finanziellen Mittel ist.

Für die neue politische Gestaltungsmehrheit im Stadtrat wird es nun die nächste große Herausforderung sein, den Haushaltsentwurf nicht nur zu ändern, sondern auch Verteilungsprozesse zu moderieren, auch wenn nicht allen Bedarfen entsprochen werden kann. Ein erster Schritt weg von einer Kulturpolitik konservativer Eliten für das Sachsen-Schaufenster hin zu einer Kulturpolitik für die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner.

Licht ins Dunkle des Neuen Rathauses!

von Tilo Wirtz

Vieles liegt um die Kostensteigerungen und die Kündigung des Architekten bei der Sanierung des Neuen Rathauses noch im Dunklen. Darum soll es diesmal aber nicht gehen. Vielmehr ist heute die elektrische Beleuchtung im Rathaus Thema, und zwar in der Kuppelhalle, jenem repräsentativen Treppenhaus hinter der Goldenen Pforte.

CDU Finanzbürgermeister für Ulbricht-Lampen

Der Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann (CDU) störte sich daran, dass die Architekten in der Kuppelhalle gerne wieder die ursprüngliche im Krieg verlorengegangene Beleuchtung installieren lassen wollten. Diese wurde unter der Herrschaft König Friedrich Augusts III. im Jahre 1910 entworfen. Dabei ist die Absicht für einen CDU-Politiker bemerkenswert, auf die historische Beleuchtung zu verzichten und auf die in der Ära des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht (SED) 1960 beschaffte Illumination der Kuppelhalle zurückgreifen zu wollen. Grund dafür sei das liebe Geld, würde doch die frühere Beleuchtung ein vielfaches der Nachkriegsvariante kosten. Dass die Denkmalschutzbehörde gerne die alte Fassung hätte und in dem Zusammenhang auf die Möglichkeit von Fördermitteln verweist, durch welche die Mehrkosten für die Stadt neutralisiert werden könnten, drang aus unerfindlichen Gründen in der Verwaltung nicht durch. Wohlgermerkt, in Rede stehen, noch ohne Fördermittel, unter



Foto: SLUB Fotothek

200.000 Euro. Die Sanierung des 1. Bauabschnittes wird die Stadt allerdings um die 38 Millionen Euro kosten – die Beleuchtung der Kuppelhalle macht also das sprichwörtliche Kraut nicht fett.

Beleuchtung nicht erste Fehlentscheidung

Dies war bei der Sanierung des Rathauses Ostflügels nicht der erste Fehltritt. Denn anlässlich der zweiten Kostenexplosion um 1,3 Millionen Euro während der Sanierung bot das Hochbauamt als teilwei-

se Kompensation an, auf die mit 168.000 Euro veranschlagte Restaurierung der Kuppelhalle zu verzichten. Der Stadtrat lehnte dies mehrheitlich und auch mit den Stimmen der LINKEN ab und verlangte ausdrücklich eine Restaurierung der Kuppelhalle. Der für das Hochbauamt verantwortliche Finanzbürgermeister informierte den Rat allerdings nicht über die Frage der Beleuchtung.

Spätestens seit Beginn der siebziger Jahre wurde es in Ost und West mehr und mehr üblich, historisch einigermaßen erhaltene Bauwerke behutsam zu sanieren und möglichst im Originalzustand zu erhalten. Beispielhaft für Dresden möge die 1985 wiedereröffnete Semperoper sein. Das Neue Rathaus wurde im 2. Weltkrieg bekanntermaßen fast völlig zerstört und von 1945 bis 1960 etappenweise wieder aufgebaut, wobei Außen- und Innenausstattung wesentlich vereinfacht wurden. Von der ehemals reichhaltigen Gestaltung von Fassaden und Innenräumen blieb fast nichts erhalten – mit Ausnahme der Kuppelhalle, die den Bombenangriff einigermaßen überstand. Für den faktisch letzten im Originalzustand erhaltenen Innenraum ist es unserer Auffassung nach angemessen, sich so weit wie möglich am Original zu orientieren und im Zuge der Restaurierung des Raumes auch die alte Beleuchtung zum Raum passend wieder herzustellen. Dazu hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag eingereicht.



6 m² Deutschland

von Franziska Fehst

Am 23.8. hat die Linksjugend [solid] Dresden gemeinsam mit unserem Stadtverband und den PIRATEN eine Kundgebung für menschenwürdige Asylpolitik auf der Prager Straße gehalten. Vor der Landtagswahl, und dem damals drohenden Einzug mehrerer rechter Parteien, wollten wir „mal „plastisch“ auf die Zustände aufmerksam machen.

Wir haben einfach 6 m² abgesteckt und alles, was einem_r Asylbewerber_in zusteht, hinzustellen: ein Bett, ein Schrank, ein Schreibtisch und ein Stuhl.

Moderiert wurde die Kundgebung von Dieter Gaitzsch, der sich seinen „Wohnraum“ dann auch umgehend einrichtete. Als Redner_innen durften wir zudem Hans-Jürgen Muskulus, Anne Helm und einen Vertreter des sächsischen Flüchtlingsrates begrüßen. Diese berichteten vorwiegend über Restriktionen, denen Asylbewerber_innen in unserem System unterworfen sind, wie Residenzpflicht, Arbeitsverbot, kein Zugang zu



Foto: Linksjugend

Sprachkursen, etc. Anschließend folgte eine Diskussion mit den Redner_innen, moderiert von einem Mitglied der PIRATEN. Nebenher verteilten Menschen vom Netzwerk für Asyl, Migration und Flucht (NAMF) ihre Wahlprüfsteine. Das NAMF hatte vor der Wahl verschiedenen Parteien Fragen zum Thema Asyl, Migration und Integrati-

on in Sachsen gestellt. Vorne mit dabei auf der Wahlempfehlung: DIE LINKE.

Leider müssen wir sagen, dass die Resonanz nicht so groß war wie erhofft. Einige blieben zwar stehen, hörten kurz zu, waren jedoch nicht gewillt, sich länger mit uns zu unterhalten. Vielleicht sind Menschen an einem Samstag auch

nicht bereit, sich während ihres Shoppings mit solch einem Thema zu beschäftigen. Vielleicht dachten einige auch, dass dies auch nur einer der vielen Wahlstände sei, denn von diesen gab es viele auf der Prager Straße an diesem Tag (CDU, FDP, AfD, BÜSO, Die PARTEI). Vielleicht wollen sie aber auch gar nicht wissen, was Menschen, denen „Asylmissbrauch“ vorgeworfen wird, in Wahrheit durchmachen.

Fraglich ist vor allem, wie es nach diesen Wahlergebnissen weitergehen soll in Sachsen, dem Bundesland mit der höchsten Abschiebe-Rate und der restriktivsten Asylpolitik. Das heißt für uns: Weitermachen, Aufmerksamkeit und Empathie schaffen. Denn nur durch mehr Öffentlichkeitsarbeit können wir eine Meinungsänderung in der Bevölkerung erreichen und den Menschen helfen, die es dringend benötigen.

Von Deutschland darf nie wieder ein Krieg ausgehen!

von Max Pagenkopf

Der Spruch in der Überschrift ist für uns Linke eine Selbstverständlichkeit. Leider ist es in der Vergangenheit nach 1945 immer wieder passiert, dass sich Deutschland immer wieder in Kriege einmischt, die nichts mit der Selbstverteidigung der BRD zu tun haben. Am 11. September hat Gregor Gysi im Deutschlandfunk gesagt, dass „Deutschland immer wieder bei Kriegen als erster die Hand hebt, total bekloppt ist.“ – und er hat Recht.

Dieses Jahr begehen wir zwei traurige Jubiläen: Zum ersten den Beginn der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, den Beginn des 1. Weltkriegs vor 100 Jahren und der Sündenfall der Menschlichkeit, der Beginn des 2. Weltkriegs vor 75 Jahren. Zu diesen beiden Ereignissen findet zurzeit im Landtag eine Ausstellung von Klaus Schmidt statt. In dieser sind Grafiken ähnlich den Wahlplakaten dieser Zeiten ausgestellt, welche sehr bewegend und auch verstörend wirken.

Die Ausstellung „Es gibt keine SIEger nach KRIEGEN – NIEDERgang GENUG“ ist in den Fraktionsräumen von DIE LINKE im Sächsischen Landtag zu sehen. Ein Mitglied des Koordinierungskreises der Linksjugend war bei der Ausstellungseröffnung dabei und meint, „dass alle, die sich gegen den Krieg stellen und sich für eine friedliche Politik einsetzen, unbedingt in diese Ausstellung gehen müssen.“

Bis zum 10.10.2014 besteht noch die Möglichkeit eines Besuchs in der Zeit von 10 – 15 Uhr.

**ES GIBT KEINE SIEGER
NACH KRIEGEN –
NIEDERgang
GENUG**

ERSTER UND
ZWEITER
WELTKRIEG
UND...

ERST WIRD DIE
VERNUNFT
UNTERGEFLÜGT.
DANN BEGINNT
DIE AUSSAAT DES
TODES.
KEIMENDE,
WUCHERENDE
VERNICHTUNG.
AM ENDE
ERNTEDANK
DEM GOTT ARES.

**Ausstellung der Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag**

PLAKATE KLAUS SCHMIDT

Ausstellungsdauer: 9.9. – 10.10.2014

Montag – Freitag 10 – 15 Uhr

Sächsischer Landtag, Lobby 4. Etage
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Fußball ohne nationalistisches Fahnenmeer

Kick Racism



von MaxSchöne

In Zeiten von Autofahrern, Deutschlandtrikots und anderen Deutschlandfeiern während der Weltmeisterschaft fällt es schwer, als fußballbegeisterter Mensch diesen Sport zu genießen, ohne gleichzeitig stumpfen Partypatriotismus ertragen zu müssen. So war das Freizeitturnier „Kick Racism“ im Ostragehege eine willkommene Abwechslung für uns als Linksjugend.

Neben der Möglichkeit sich mit vielen lieben Menschen sportlich messen zu können, wurde gleichzeitig noch ein Zeichen gegen Rassismus gesetzt, der leider nur all zu oft den Fußball unterwandert. Neben vielen anderen Freizeitmannschaften und politischen Verbänden, wie der Freizeitmannschaft des hiesigen Dresdener Sportclubs, dem Ausländerrat Dresdens oder dem späteren Sieger von „Viva con agua“, traten auch wir am 05. Juli hochmotiviert unter

dem Namen „Sportakus Bunt“ an. Von 25 Mannschaften erreichten wir zwar nur den 18. Platz; zu unserer Verteidigung sei allerdings erwähnt, dass wir keins der Spiele mit mehr als einem Tor Differenz verloren. Es hätte also mit etwas Glück auch durchaus erfolgreicher verlaufen können. Außerdem spielen die meisten Teams, gegen die wir antreten durften, regelmäßig zusammen, während wir das erste Mal zusammengespielt haben. Das für uns wichtigste Spiel, nämlich das stadtinterne Derby gegen die „Jusos – Dresden“, gewannen wir dann aber schließlich, weswegen das Turnier dann doch ein versöhnliches Ende für uns nahm. Alles in allem kann man sagen, dass wir einen schönen Tag, mit spannenden Spielen und in wirklich netter Gesellschaft und für einen guten Zweck hatten und Fußball auch ohne Deutschland sehr gut funktioniert.



SEPTEMBER

24 Buen Vivir/ Das Gute Leben - reale Alternative oder ferne Utopie?

Vortrag und Diskussion mit Dr. Peter Gärtner, eine VA der RLS Dresden
19 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

23 Fraktionssitzung

18 Uhr | DIE LINKE-Fraktionsbüro
Zimmer 176, 1. Etage | Dresdner Rathaus

25 Stadtratssitzung

16 Uhr | Messiegelände
Messering

26 Here we come! *

+++Die Verhältnisse zum Tanzen bringen+++
BIETE: NETTE GETRÄNKE, GUTE MUSIK UND 5
NEUE STADTRÄT_INNEN+++
SUCHE: GRILLGUT UND EUCH AUF UNSERER
PARTY+++
17 Uhr | Haus der Begegnung
Großenhainer Straße 93

**30 Sitzung des Ältestenrats
DIE LINKE. Dresden**

09:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

Am 14. September 2014 feierte unsere
Genossin

Henriette Fabig

ihren 95. Geburtstag. Wir gratulieren
sehr herzlich und wünschen ihr
alles Gute!

Genossinnen und Genossen der
BO 30/31

**KPF - Kommunistische
Plattform in der LINKEN**

jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr
im Haus der Begegnung - Empore

Ständige Termine im Roter Renner,
Rudolf-Renner-Str. 49

Montag von 15:00-18:00 Uhr
Mittwochs: 15:30-17:30 Uhr
»Offenes Büro«

Nach Vereinbarung
uwe-baumgarten@web.de
Sprechstunde Ortsbeirat

jeden 1. Donnerstag:
Stammtisch ab 15:30 Uhr

HARTZ IV-Beratung im HdB

Jeden Mittwoch
14 bis 17 Uhr
im Haus der Begegnung
Großenhainer Str. 93
Tel.: 0351-8583801

OKTOBER

**01 Die Situation der Sinti und
Roma heute**

Gespräch mit Romani Rose, Vorsitzender des
Zentralrats Deutscher Sinti und Roma und Dr.
Cornelia Ernst, Eine Kooperationsveranstal-
tung der RLS Sachsen und dem Europabüro
der MdEP Dr. Cornelia Ernst
19 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

03 Drachen statt Drohnen

Europaweiter Aktionstag gegen militärische
Nutzung von Kampfdrohnen
14 bis 16 Uhr | Glockenspiel

**07 Öffentliche
Stadtvorstandssitzung**

18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

**08 Frauen für und wider den
Ersten Weltkrieg**

Vortrag und Diskussion mit Dr. Gisela Notz,
Historikerin, Sozialwissenschaftlerin und
Mitglied des Gesprächskreises Geschichte
der RLS, Berlin, Eine Veranstaltung der RLS
Sachsen
19 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

**09 BürgerInnensprechstunde
mit Stadträtin Annekatriin
Klepsch, MdL**

Um Anmeldung unter **0351-8214793**
wird gebeten.
ab 16 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

14 Fraktionssitzung

18 Uhr | DIE LINKE-Fraktionsbüro
Zimmer 176, 1. Etage | Dresdner Rathaus

**15 Domestic Utopias - Eine
Geschichte Feministischer
Wohnutopien der Moderne**

Vortrag und Diskussion mit Felicitä Reuschling,
Redakteurin und Autorin, eine Veranstaltung
der RLS Sachsen
19 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

16 Stadtratssitzung

16 Uhr | Kulturrathaus | Königsstraße 15

**21 REIHE: JUNGE ROSA
Chancengleichheit, Gleich-
heit, Gerechtigkeit? Alles das
Gleiche?**

Vortrag und Diskussion mit Stefan Hartmann,
stellvertretender Vorsitzender DIE LINKE. Sach-
sen, eine Veranstaltung der RLS Dresden
18 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

**21 BürgerInnensprechstunde mit
Katja Kipping, MdB**

Um Anmeldung unter **0351-5006165**
wird gebeten.
14 bis 16 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

**29 Das Historisch-Kritische
Wörterbuch des Marxismus
(HKWM)**

Vortrag und Diskussion mit Thomas Pappritz,
Redaktionsmitglied, eine Veranstaltung der
RLS Sachsen
19 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

Wir gratulieren **Kristin Hofmann**
(Ortsbeirätin Neustadt) und **Thomas
Feske** (Fraktionsgeschäftsführer)
herzlich zur Geburt ihres Sohnes
Piet Eduard am 14.08. 2014 und
wünschen viel Freude und starke
Nerven in den Nächten ;-)

Bibliothek der RLS in der WIR-AG

Martin-Luther-Str. 21
Öffnungszeiten:
Dienstag bis Donnerstag
10.00 bis 18.00 Uhr

Neu in der Bibliothek:

Futuring
Perspektiven der Transformation im Kapita-
lismus über ihn hinaus.
Hrsg. von Michael Brie. Münster 2014, 437
Seiten, mit Beiträgen u.a. von Dieter Klein,
Frigga Haug, Bob Jessop, Ulrich Brand, Judith
Dellheim

**Sehr herzlich zum Geburtstag gratulieren wir unseren GenossInnen**

Karl Bedrich, Neustadt
Barbara Berger, Leuben
Adelheid Brauer, Blasewitz
Heliane Brauer, Blasewitz
Sonja Bretschneider, Pieschen
Hans-Jürgen Burkhardt, Neustadt
Tom Böhm, Neustadt
Günter Böhmer, Nord
Martina Börnig, Leuben
Alfred Demnitz, Plauen
Helga Demny, Blasewitz
Gerhard Dollwetzler, Altstadt
Majka Doms, Pieschen
Ingeborg Döring, Altstadt
Henriette Fabian, Altstadt
Christine Feiks, Leuben
Walter Fischer, Altstadt
Karl-Heinz Freudenberg, Plauen
Jens Gaitzsch, Prohlis
Joachim Geerhardt, Altstadt
Marlis Goethe, West
Gerhard Gorks, Blasewitz
Waltraud Grille, Neustadt
Monika Haser, Plauen
Franz-Jakob Heilgendorff, Altstadt
Hildegard Hendel, West
Sandy Hengst, Neustadt
Christel Hennig, Blasewitz
Ute Hermann, West
Kerstin Hofmann, Blasewitz
Dietrich Holz, Prohlis
Jayne-Ann Igel, Nord

Rolf Illner, West
Horst Imhof, Blasewitz
Peter Jahn, Blasewitz
Andre Jehmlich, Neustadt
Ute Karich, Neustadt
Heinz Kerger, Altstadt
Martin Kinzel, Neustadt
Holger Knaak, Neustadt
Klaus Krafft, Prohlis
Gundela Kramer, Blasewitz
Heike Krause, West
Jutta Kröber, Altstadt
Ulrike König, Pieschen
Waltraut Kühn, Neustadt
Steve Kühne, West
Johanna Langer, Altstadt
Dietmar Lohmann, Plauen
Jens Matthis, Neustadt
Brit Meerheim, West
Johann Micek, Pieschen
Winfried Michel, Nord
Albrecht Michler, Altstadt
Monika Moke, Leuben
Gertraude Müller, Nord
Marianne Müller, Altstadt
Siegfried Nacke, Plauen
Andreas Naumann, Blasewitz
Karlheinz Naumann, West
Franziska Nordin, Pieschen
Heinz Oeser, Altstadt
Julien Peraza Rios, Altstadt
Harald Pietsch, Blasewitz

Michael Pluder, West
Günther Raedisch, Nord
Jürgen Rasch, Neustadt
Marco Rehländer, Prohlis
Günter Richter, Leuben
Joachim Richter, Neustadt
Klaus Richter, Nord
Jürgen Riedel, Neustadt
Steve Schaefer, Blasewitz
Ralf Scheibitz, Pieschen
Siegmar Schierz, Neustadt
Vivien Anja Schlecht, Altstadt
Siegfried Schulz, Neustadt
Elfi Schumann, Neustadt
Ilona Schär, Blasewitz
Brigitte Seffner, Leuben
Irmgard Seidel, Leuben
Gerhard Seifert, Pieschen
Heinz Siegert
Frank Sitte
Konrad Skuin, Leuben
Brigitte Stark, Blasewitz
Dieter Steglich, Nord
Annelies Strauß, Altstadt
Herbert Träber, Altstadt
Gunda Ulbricht, Plauen
Erika Vetter, Altstadt
Bernd Wadewitz, Blasewitz
Günter Wagner, Leuben
Ursula Walther, Neustadt
Carola Wähler, Neustadt

Rosa Luxemburg Stiftung Dresden

Interkulturelle Tage in Dresden

Auch in diesem Jahr beteiligt sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen an den Interkulturellen Tagen in Dresden. Das diesjährige Programm steht unter dem Motto: „Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern“.

Unsere zwei Veranstaltungen finden am 24. September und am 1. Oktober, jeweils 19.00 Uhr, in der WIR AG statt.

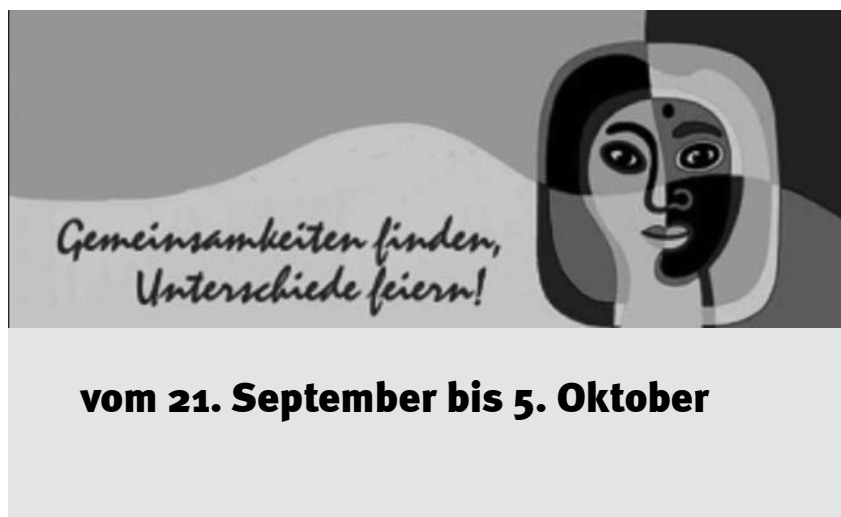
In zwei Slams haben wir Euch gefragt, wie sieht für Euch gutes Leben aus? Diese Frage wollen wir nun in der ersten Veranstaltung aufgreifen und schauen, wie sich die Frage in Lateinamerika stellt. Als Referent haben wir Dr. Peter Gärtner eingeladen. Die Veranstaltung steht unter dem Titel: „Buen Vivir/ Das Gute Leben — reale Alternative oder ferne Utopie?“ Denn wir leben in einer Gesellschaft, in der Wachstum als oberste Maxime gilt. Gleichzeitig erleben wir, dass dieses Prinzip unsere Lebensgrundlagen zerstört statt zu verbessern. Vor diesem Hintergrund gewinnt eine andere Weltsicht an Popularität, die ihre Wurzeln in den Anden Südamerikas hat. Sumak Kawsay in der Sprache der Quechua oder Buen Vivir bzw. Vivir bien in der spanischen Übersetzung orientiert auf ein „Gutes Leben“. Gemeint ist ein gutes und harmonisches Miteinander-Leben der Menschen im Einklang mit der Natur. In Ecuador und Bolivien, wo linke Kräfte an der Regierung sind, hat dieses Prinzip Eingang in der Verfassung gefunden. Aber auch diese Länder sind der Logik der fortschreitenden Ressourcenausbeutung und der damit

verbundenen Zerstörung ihrer Lebens- und Naturräume unterworfen. Wie kann dann ein „Gutes Leben“ erreicht werden? Bietet die andine Weltsicht tatsächlich Möglichkeiten, einen Ausweg aus der globalen Krise des Kapitalismus zu finden? Oder handelt es sich um das Wunschdenken einer realitätsfernen Minderheit, das vor der Dynamik der Globalisierung kapitulieren muss?

In unserer Veranstaltung am 1. Oktober widmen wir uns einem sehr aktuellen Thema — der „Situation der Sinti und Roma heute“. Denn über kaum eine andere Bevölkerungsgruppe wissen „wir“ so wenig und meinen zugleich so viel Negatives zu wissen wie über diese. Bis heute wird von europäischen, auch deutschen PolitikerInnen, unter Ver-

wendung tradiert antiziganistischer Klischees und Schlagworte die Forderung nach Ausschluss und Abschiebung von Sinti und Roma erhoben. Gemeint sind in aller Regel Sinti und Roma aus Osteuropa, vornehmlich aus Bulgarien, Rumänien, Serbien und Mazedonien.

Die Fluchtgründe eingewanderter Sinti und Roma, die Lebensumstände in Deutschland und Diskriminierungserfahrungen treten in den populistischen Debatten oft gänzlich in den Hintergrund. Romani Rose und Cornelia Ernst gehen den Fragen nach, wie Sinti und Roma heute in Deutschland leben und Vorurteile abgebaut werden können. Die Veranstaltung führen wir gemeinsam mit dem Europabüro der MdEP Dr. Cornelia Ernst durch.



Cuba Si informiert von Ursula Zierz

Nach der Sammlung am 04. September 2014 konnte wieder ein Transporter mit wertvollen Gütern auf Fahrt gehen. Es wurden gespendet: 9 Fahrräder, Unterarmstützen, Rollatoren, Fahrstühle, Brillen, Koffer, Taschen, Handwerkszeug, Hygienematerial, Bett- und Haushaltswäsche, Schreibmaterialien, Haushaltswaren, Spielzeug, Sani-Kästen für Pkw und vieles mehr.

Wir bedanken uns besonders bei den Spendern: Ursula Loll, Irene Beck, den Brillenstudios Riedel/ am Josephstift und Frau Peukert /Fetscherplatz, dem Orthopädiegeschäft Bernes, „Arbeit und Lernen“, Ursula Gasiosek von der „Dipser- Kinder- und Brandschutzgruppe“ für die wertvollen Spenden und natürlich allen Cuba Si-Mitgliedern für ihre Hilfe, ohne die das Ergebnis nicht möglich wäre! Besonderer Dank an die Spender der finanziellen Hilfe von insgesamt 370 Euro geht an: A. Müller, F. Lange, R. Hartung, M. Puschendorf.

Eine Gesamtspende von 2.000 Euro wurde im August vom AG-Spendenkonto Dresden für das Milchprojekt: „Wasserleitungen für Guantanamo“ überwiesen. Leider war wieder eine Tasche mit aussortierter Kleidung bei der Sammlung dabei, bitte erschwert uns nicht die Arbeit und orientiert Euch an der Spendenübersicht.

+++WICHTIG+++UMSTELLUNG AUF DAS SEPA-VERFAHREN+++ Aufgrund der Umstellung auf das neue europaweit einheitliche Zahlungssystem SEPA muss auch Cuba Si den bargeld-

losen Zahlungsverkehr auf SEPA umstellen. Für unsere Spenderinnen und Spender gilt: Einzugsermächtigungen werden weiterhin zum vereinbarten Betrag und Datum eingezogen. Die Einzugsermächtigung heißt in Zukunft „SEPA-Lastschriftmandat“. Alte Daueraufträge werden von der Bank automatisch umgestellt. Überweisungen können ab dem 01. Februar 2014 nur noch mit IBAN und BIC ausgeführt werden. Diese ersetzen die bisher verwendeten Kontonummern und Bankleitzahlen.

Hinweise

Die neue Revista 2. Halbjahr liegt bei Uli Reinsch im Büro, mitnehmen! Wer über Internet verfügt, sollte sich aktuelle Nachrichten zu den Entwicklungen in Lateinamerika/Karibik unter: www.amerika21.de ansehen.

Brüssel: Vertreter der Europäischen Kommission bedrohen eine Reihe von lateinamerikanischen Ländern mit Konsequenzen, weil sie Russland mit den Produkten beliefern, welche Präsident Wladimir Putin auf eine Sanktionsliste gegen die EU gesetzt hat. Der ecuadorianische Präsident Rafael Correa wies die Vorstöße aus Brüssel zurück. „Ich möchte Ihnen unverzüglich sagen, dass wir von niemandem die Erlaubnis brauchen, um Produkte an befreundete Staaten zu verkaufen – soweit wir wissen, gehört Lateinamerika nicht der EU an“. Die UNASUR- Staaten übernehmen die landwirtschaftlichen Verträge.

Im Juni 2014 fand der 50. Jahrestag

der Gründung der „G 77 und China“ in Santa Cruz statt, wo sich die Präsidenten der Welt (Entwicklungsländer) versammelten, um über das Erreichte zu beraten. Präsident Raul Castro betonte, dass sich die Kluft zwischen Nord und Süd vertieft, die tiefe Weltwirtschaftskrise Ergebnis des irreversiblen Niedergangs des Neoliberalismus mit seinen wichtigsten Machtzentren ist und sich zur längsten und schwierigsten der letzten 8 Jahrzehnte mit verheerenden Folgen auf wirtschaftlichem, sozialem, klimatischem Gebiet entwickelt hat. Er betonte, dass seit dem Millennium im Jahr 2.000 1,2 Milliarden Menschen in extremer Armut leben, jeder 8. Mensch extremen Hunger leidet, 45% der Kinder nicht das 5. Lebensjahr erreichen.

Die Auslandsverschuldung ist trotz enormer Einzahlungen der Länder auf einem beispiellosen Niveau! Durch U N S muss deshalb vom Internationalen Währungsfond und der Weltbank gefordert werden: Eine neue internationale Währungs- und Finanzordnung und faire Handelsbedingungen für die Hersteller und Importeure! Wir müssen Solidarität mit denjenigen üben, denen mit Aggression gedroht wird. Der klarste Fall ist heute die Bolivarische Republik Venezuela, gegen die Subversion, Destabilisierung einschließlich Putschversuche nach den Konzepten der unkonventionellen Kriegführung der USA durchgeführt werden, um die Regierung zu stürzen, die Gesellschaft zu untergraben und zu destabilisieren! Soludos solidarios!

Teil der Lösung Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Buchvorstellung mit Werner Rätz, Attac Deutschland, Ko-Kreis und „AG Genug für alle“

Ronald Blaschke, Netzwerk Grundeinkommen

Eintritt frei!

Veranstalterin:
LAG Bedingungsloses Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE Sachsen

Buch: Ronald Blaschke, Werner Rätz (Hrsg.), Teil der Lösung Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen, Rotpunktverlag Zürich, 2013

Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba Si Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“

Redaktionsschluss 2014

08.01.2014, 03.02.2014
05.03.2014, 02.04.2014
14.05.2014, 04.06.2014
09.07.2014, 10.09.2014
01.10.2014, 05.11.2014
10.12.2014

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Annetkatrin Klepsch, Tilo Kießling
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Annetkatrin Klepsch, Tilo Kießling, Andreas Naumann, Ursula Zierz, Katja Kipping, Max Pagenkopf, Dr. Cornelia Ernst, Max Schöne, Franziska Fehst, Dr. Margot Gaitzsch, Konrad Skuin, Silvio Lang

Druck: Verlag Lausitzer Rundschau
Druckerei GmbH, Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 5.500 Exemplare
Vertrieb: Siblog, Schneller ist besser!



Wirklich nichts gelernt?

von Dr. Cornelia Ernst

Als ich im Urlaub im Osloer Friedensnobelpreis-Center war, stieß ich auf eine Ausstellung zum 1. Weltkrieg. Die Folgen des Giftgaskrieges wurden mittels vieler Originalaufnahmen gezeigt. Die Sinnlosigkeit des Krieges zog sich als Idee durch die Ausstellung. Schaut man in die heutige Welt, könnte man glauben, es wurde nichts gelernt aus dem Desaster der beiden Weltkriege und dem Kalten Krieg danach. Jede Nachrichtensendung beginnt heutzutage mit Kriegsmeldungen. Krieg in der Ostukraine, Krieg in Israel-Palästina, Krieg im Irak, wenn noch Zeit ist Krieg in Syrien. Wie damals wird in Schwarz-Weiß-Bildern kommentiert, Gut und Böse, schuldig und unschuldig. Wie damals werden einseitig die für Alles und Jedes schuldigen Schurken ernannt. Wie damals leidet die Zivilbevölkerung in unbeschreiblichem Maße darunter, Tote, Verletzte und Vertriebene sind am meisten Frauen, Kinder, Alte. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Es scheint, als sei Krieg unvermeidlich. Kein König, aber immerhin ein Bundespräsident fordert sogar mehr „Verantwortung“ von dieser Republik und meint mehr Militär. Die alte Leier. Nach Kriegsursachen wird nicht gefragt.

Dabei ist der „Westen“ beileibe kein Unschuldslamm. Seine halbherzige Politik im gesamten Nahen Osten hat ernst zu



Foto: Dr. Case / flickr.com

nehmende Konfliktlösungen ins Labyrinth der Machtinteressen verwiesen. Auch über den Irak müssen wir nicht philosophieren. Das dortige Chaos ist durch die verheerende Politik der USA und ihrer Verbündeten perfektioniert. Und der Schlamassel in der Ostukraine lässt sich eben auf den bösen Putin nicht beschränken. Hier hat die EU glatt versagt, indem sie mit einem die Lage in der Ukraine verkennenden Assoziierungsabkommen politische Erpressung beging, um die Ukraine aus der „russischen Phalanx“ herauszuboxen. Mit dem Ergebnis, dass die Krim wieder russisch ist und der neu gewählte ukrainische Präsident mit Waffengewalt und Duldung rechtsextremer Kräfte in der Ostukraine „aufräumt“.

Ja, Putin hat auch eigene Großmachtinteressen, besonders in Bezug auf Syrien und die Ukraine. Dennoch lassen sich die Ursachen für die Auseinandersetzungen darauf nicht reduzieren. Die Konfrontation mit Russland birgt die Gefahr eines neuen Kalten Krieges in sich und ist eine große politische Dummheit.

Fakt ist aber: Viele der genannten Konflikte sind über Jahrzehnte ungelöst geblieben, Vermittlungsversuche verliefen im Sand, ein Eldorado für radikale Kräfte.

Der EU, die sich immer als Friedensprojekt feiert, täte es gut, statt Waffenexporte in diese Krisenregionen zu forcieren, als Mittlerin zu agieren, ohne sich

vor den USA in den Sand zu werfen. Das hätte tatsächlich etwas mit Verantwortung zu tun. Der seitens der EU fehlende Ausgleich der Interessen insbesondere innerhalb Europas hat längst zu Schiefen geführt, die übrigens auch in einem schon apokalyptischen Rusehass münden, was die Chance auf Konfliktlösungen in der Welt deutlich verringert. Hundert Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges ist die EU außenpolitisch in einem gefährlichen Gewässer.

Rechtsvereinfachung nach Art des Hauses

von Katja Kipping

Alle Jahre wieder stellt die Bundesregierung den Haushalt vor – und alle Jahre wieder ist erkennbar, dass die Situation der Menschen mit geringem Einkommen, besonders die Beziehenden von Leistungen nach SGB II in der Denke der Regierenden keine große Rolle spielen. Wenn man sich die aktuellen Zahlen im Arbeits- und Sozialbereich anschaut, so muss man sagen: Es macht kaum einen Unterschied, ob es nun eine schwarz-gelbe oder eine schwarz-rote Regierung gibt. Das sieht man gerade im Bereich SGB II, besser bekannt als Hartz IV sehr deutlich. Eine der wenigen Initiativen, die im Bereich Hartz IV gestartet wurden, ist die Arbeitsgruppe „Rechtsvereinfachung im SGB II“, deren Vorschläge nun die Grundlage der Diskussion bilden. Weil die Vorschläge der Arbeitsgruppe die Auseinandersetzung prägen werden, muss man dazu einiges sagen.

Widerstand lohnt sich

Allein die Zusammensetzung ist bezeichnend: Weder Gewerkschaften noch Erwerbsloseninitiativen durften an dieser Arbeitsgruppe teilnehmen. Deren Erfahrungen waren der Bundesregierung offensichtlich egal. Wir aber meinen, die direkt Betroffenen gehören immer mit an den Tisch.

Bei solch einer Herangehensweise darf man sich dann auch nicht wundern, wenn die Arbeitsgruppe sehr ärgerliche Vorschläge unterbreitet. Um nur einen Vorschlag zu nennen: Zukünftig sollen selbst angemessene Mietkosten nach



Foto: Berthold Bronisz / pixelio.de

einem Umzug nur dann bezahlt werden, wenn der Umzug vorher genehmigt wurde. Das klingt erst einmal harmlos. Was heißt das aber? Es ist schon jetzt in vielen Städten verdammt schwer, im Rahmen der sogenannten angemessenen Unterkunftskosten eine Wohnung zu finden, die auch passt. Und dann findet jemand womöglich eine Wohnung, es gibt Verzögerungen bei der Genehmigung von Amts wegen, und dann ist die Wohnung, ehe die Genehmigung erteilt worden ist, womöglich anderweitig vermietet.

Es gab Vorschläge von Ministerin Andrea Nahles, die noch deutlich schlimmer wa-

ren. Diese haben wir von der LINKEN öffentlich gemacht. Die Erwerbslosenbewegung hat dagegen demonstriert. Dass diese Vorschläge jetzt gestrichen worden sind, ist ein Erfolg der Erwerbslosenbewegung. Das zeigt ganz klar: Es lohnt sich, sich zur Wehr zu setzen.

Schwarz-Rot — das spiegeln auch die Zahlen im Haushalt wider — geht an das Thema Hartz IV vor allen Dingen mit der Haltung heran: „Na ja, eigentlich müssen wir nur die bürokratischen Abläufe verbessern.“ Ich aber meine, es kommt vor allen Dingen darauf an, die grundlegenden Fehler bei Hartz

IV zu korrigieren und zu überwinden. Das wären unsere Vorschläge:

Erstens: die Abschaffung des Konstrukts der Bedarfsgemeinschaft. **Zweitens:** eine aktive Arbeitsmarktpolitik statt aktive Repressionspolitik. **Drittens:** die Abschaffung der Sanktionen bei Hartz IV. **Viertens:** Wir müssen wirklich sicherstellen, dass jedem in diesem Land ein soziokulturelles Existenzminimum garantiert wird. „Soziokulturell“ heißt: Man muss sich sowohl Essen und eine Wohnung als auch eine Busfahrkarte und eine Tageszeitung leisten können.

Endlich eine solidarische Rentenversicherung schaffen

Und schließlich zur Rente: Hier spiegeln die Zahlen im Haushalt wider, dass das wichtigste, das dringlichste Problem nicht in Angriff genommen wird: Altersarmut droht auch Menschen mit mittleren Einkommen. Wir alle kennen die Zahlen: Wer im Jahr 2030 in Rente geht, muss mindestens 35 Jahre lang vollzeitversichert zum Durchschnittslohn gearbeitet haben, um eine Rente auf Hartz-IV-Niveau zu erhalten. Wir brauchen statt dessen eine Rentenversicherung, in die alle einzahlen, auch Abgeordnete, auch Apotheker und auch Anwälte. Im Rahmen einer solchen Rentenversicherung für alle, kann man auch eine Mindestrente organisieren. Wir meinen: Kein Rentner und keine Rentnerin soll im Alter unter die Armutsrisikogrenze fallen.